



Pressemeldung der Bürgerinitiative „Keine Dietwegtrasse“ zur Bundestagswahl

Dietwegtrasse: Die Ablehnung wächst auch unter den Parteien

Anlässlich der bevorstehenden Bundestagswahl fragte die Bürgerinitiative „Keine Dietwegtrasse“ (BI) die Kandidatinnen und Kandidaten von CDU, FDP, Grünen, Linken und SPD im Wahlkreis Reutlingen: „Wie stehen Sie zur umstrittenen Fernstraße und zur Verkehrswende?“ Die Dietwegtrasse wird von den Behörden immer noch als „Ortsumfahrung Reutlingen“ betitelt, obwohl im Umkreis von 1000 Metern um die geplante Straße mehr als 30.000 Menschen leben.

Seit den Landtagswahlen im März hat sich die grundlegende Haltung einer Partei geändert: Mittlerweile spricht sich auch die SPD klar gegen die Trasse aus. Grüne und Linke lehnen die Trasse weiterhin ab, während CDU und FDP sich immer noch als Befürworter positionieren.

Alle Befragten betonen, dass sie sich als zukünftige Bundestagsmitglieder für die betroffenen Menschen in Reutlingen und in der Region einsetzen werden. Beate Müller-Gemmeke (Die Grünen) ist hier bereits in Vorleistung gegangen und verweist auf die Kleine Anfrage, die ihre Fraktion im Bundestag zur Dietwegtrasse gestellt hat. Ihr Resümee: „Der Nutzen der Trasse ist äußerst gering, der Preis dafür umso höher.“

Pascal Kober (FDP) ist es ein wichtiges Anliegen, dass „die bestmöglichen Lärmschutzvorkehrungen getroffen werden“. Dafür plädiert auch Michael Donth (CDU), der in der Dietwegtrasse einen „Beitrag zum Schutz der Menschen“ sieht. Allerdings kennt er, wie Kober, den aktuellen Planungsstand offenbar nicht: die „landschaftserhaltende Untertunnelung der Freiflächen“ steht unter Vorbehalt. Wie die Presse bereits Ende 2019 berichtete, prüft das Regierungspräsidium Tübingen, ob ein Tunnel überhaupt notwendig ist. Ein Update des RP zu diesem Thema gibt es noch nicht.

Dr. Ulrich Bausch (SPD) möchte sich für mehr Bürgerbeteiligung einsetzen und den Bau der Regionalstadtbahn im Echaztal vorantreiben. Das „zögerlich verlaufende Verfahren“ des Albaufstiegs bei Lichtenstein lasse jedoch befürchten, dass durch dieses Straßenbauprojekt die Umsetzung der Regionalstadtbahn behindert werde.

Uneins sind sich die Kandidaten darüber, wie die Verkehrswende auf Bundesebene am besten vorangetrieben werden kann. Jessica Tatti (Die Linke) verweist auf einen Antrag ihrer Fraktion, dass der Ausbau der Bundesfernstraßen (und damit auch der Dietwegtrasse) auf die Pariser Klimaziele hin überprüft werden sollte. Auch Müller-Gemmeke und Bausch sind der Meinung, dass alle Fernstraßenprojekte auf den Prüfstand müssen, während Donth und Kober eine solche Überprüfung ablehnen. Donth behauptet sogar, dass die Dietwegtrasse die Verkehrswende in der Region erst ermögliche, weil das Stadtzentrum vom Durchgangsverkehr entlastet werde. Tatti widerspricht hier energisch. Der Stadt Reutlingen liege ein wissenschaftliches Gutachten vor, wonach für die Dietwegtrasse keine verkehrliche Notwendigkeit bestehe. „Dieses Gutachten wurde bis heute nie widerlegt“. Linke, SPD und Grüne betonen zudem unisono, dass die Verkehrs- und Klimawende auch sozial verantwortlich durchgeführt werden müsse. Die CDU setzt dagegen in erster Linie auf die Wirtschaftskraft, die FDP auf den CO₂-Emissionshandel, um der Klima- und Biodiversitätskrise zu begegnen.

Alle Befragten wurden von der Bürgerinitiative zu einem Infoaustausch vor Ort eingeladen. Bereits im Juli fand ein solcher Info-Spaziergang mit OB Keck statt, bei dem die gravierenden Probleme und Folgen des Trassenbaus angesprochen wurden. Die BI weist auch darauf hin, dass ihre Unterschriftenaktion noch bis Ende Oktober läuft. Die Stellungnahmen aller Kandidatinnen und Kandidaten im Volltext und Vordrucke der Unterschriftenlisten sind verfügbar auf <http://keine-dietwegtrasse.org>